



für ver.di Aktive an Saar und Blies

Ausgabe 6/26 (Nr.53) am 6. April 2026

Gegen die Interessen der Versicherten:

Solidarität tschüss

Am 30. März hat die Finanzkommission Gesundheit ohne Beteiligung der Gewerkschaften Sparvorschläge für das Gesundheitswesen unterbreitet. Unserer Antwort darauf geben wir am 9. April um 18 Uhr auf unserer Veranstaltung mit unserem Kollegen Dr. Frank Bandau von der Arbeitskammer.

Die finanzielle Last soll auf die Schultern der Versicherten abgewälzt werden. So soll die beitragsfreie Mitversicherung für nicht oder geringfügig beschäftigte Ehepartner abgeschafft werden.

ver.di kritisiert unter anderem den Vorstoß, tarifvertragliche Bezahlung in Krankenhäusern und Reha-Einrichtungen nicht mehr voll zu refinanzieren und das sogenannte Pflegebudget wieder in die Fallpauschalen einzugliedern. Dies führte in der Vergangenheit zu Lohndrückerei und Stellenabbau in der Pflege. Die Refinanzierung von Tarifsteigerungen darf nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden.

Einige Vorschläge der Kommission burden die Kosten einseitig den Versicherten auf. So schlägt die Kommission unter anderem höhere Zuzahlungen vor, die von den Versicherten aufgebracht werden müssen – unabhängig von ihrem Einkommen. Auch die vorgeschlagene Absenkung des Krankengeldes von 70 auf 65

Prozent des Bruttogehalts würde die Menschen treffen, die in einer schwierigen Situation auf den Sozialstaat angewiesen sind.

Vorschläge zur Beitragsgerechtigkeit vermisst man. Von einer Bürgerversicherung ist nicht die Rede. Tschüss Solidarität.

Regierung, Kapital und Mainstream nehmen überhaupt nicht wahr, wie die Lebenswirklichkeit für ganz viele Menschen aussieht. In Folge des Iran-Krieges schreitet die Inflationsrate in Sieben-Meilen-Stiefeln vorwärts, im März lag sie bei 3 %. Die Menschen sind enttäuscht und wenden sich von den Regierenden ab, die die Krise immer weiter vertiefen anstatt zu lösen.

Aber es gibt Alternativen und wir haben Antworten auf die Vorschläge. Darüber reden Dr. Frank Bandau von der Arbeitskammer des Saarlandes. Er ist am 9. April um 18 Uhr unser Gast im ver.di Haus. Schaut vorbei. Diskutiert mit.

Dr. Frank Bandau
Arbeitskammer des Saarlandes
Vortrag & Diskussion

**Kranken- und Pflegeversicherung:
Vorschläge der Reformkommissionen
und Alternativen im Interesse der
Versicherten.**

9. April 18 Uhr
ver.di großer Versammlungsraum
St. Johanner Str. 49
Saarbrücken

Eintritt frei

Frieden schaffen:

Kriege verweigern

Auch 2026 fanden über Ostern überall Ostermärsche statt. Die Friedensbewegung brachte ihre Themen in die Öffentlichkeit. So auch im Saarland. ver.di hatte für Karsamstag nach Saarbrücken aufgerufen. Es kamen mehr als in den Vorjahren.

Deutlich über 500 Demonstranten kamen am Karsamstag dieses Jahr zum Ostermarsch Saar nach Saarbrücken. Auch unser Ortsverein war mit fünf Transparenten und fünf Fahnen und 36 Kolleginnen und Kollegen gut vertreten.



„Kriegsvorbereitung stoppen! Völkerrecht verteidigen!“ – unter diesem Motto hatte das Friedensnetz



aller Truppen aus dem Ausland und ein Ende der Rüstungsexporte. Außerdem kritisierten sie die verpflichtende Musterung für junge Männer.

Der ehemalige saarländische Ministerpräsident Reinhard Klimmt hielt dieses Jahr die Hauptrede vor der Europagalérie. Das Urgestein der Friedensbewegung las seine Rede vom



Saar zum traditionellen Ostermarsch aufgerufen. Die Veranstalter forderten unter anderem den Rückzug



Blatt, denn heute, so Klimmt, müsse man ja aufpassen, was man wo sagt und da habe er es sich lieber aufgeschrieben. Der Sozialdemokrat der alten Schule schilderte in eindrucksvollen Worten sein jahrzehntelanges Engagement für den Frieden und seine Teilnahme an den Ostermärschen. Egal ob russische, französische oder deutsche Mütter und Väter wollten doch alle nur ihrer Arbeit nachgehen und ein glückli-



auch die Folgen für uns sein, durch Preissteigerungen und eine erneute wirtschaftliche Krise. Und die deutsche Bundesregierung weigert sich sogar, den Angriffskrieg als völkerrechtswidrig zu bezeichnen, was er ganz klar ist.



Zuerst der völkerrechtswidrige Angriff auf Venezuela, dann die fortgesetzte skrupellose Erpressung Kubas, Kolumbiens und Mexikos, Besitzansprüche auf Grön-

ches Leben führen. Niemand könne Interesse am Krieg haben. Er kritisierte unter großem Beifall die Waffenlieferungen der Bundesregierung in Krisengebiete und befürwortete die Wiederaufnahme der Gespräche mit Russland. Mit ihm sprach nach vielen Jahren wieder ein bekannter Sozialdemokrat und ehemaliger Ministerpräsident des Saarlandes, der sich mit seinen Ansichten durchaus im Gegensatz zu



land und jetzt der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der USA und Israels gegen den Iran mit zahllosen Toten, der immer weiter eskaliert und sich schnell zu einem Dritten Weltkrieg ausweiten kann. Schon jetzt spüren wir die Folgen durch steigende Preise und weiteren Arbeitsplatzabbau.

Zahlreiche nationale und internationale Gewerkschaftsbünde haben diese Völkerrechtsbrüche unmissverständlich kritisiert. Der Zustand der Recht- und Regellosigkeit, der sich seit dem Überfall auf Venezuela zu verfestigen scheint, verschiebt nicht nur die internationalen Beziehungen.

Er wird auch gravierende innenpolitische Folgen haben: Wer das Völkerrecht nicht respektiert, der respektiert auch Arbeits- und Gewerkschaftsrechte nicht.

Der spanische Ministerpräsident Sanchez hat die Angriffe klar verurteilt und den USA die Nutzung des spanischen Territoriums dafür untersagt. Die Bundesregierung hat anscheinend kein Problem damit, dass die US-Stützpunkte in Deutschland, so auch Ramstein, eine zentrale Rolle für die völkerrechtswidrige US-Kriegsführung spielen. Dabei stellt das Grundgesetz in Artikel 25 unmissverständlich fest: „Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.“

aktuell regierenden Anke Rehlinger befindet. Die Demonstranten bewegte besonders, dass der Krieg in Westasien, begonnen durch die völkerrechtswidrigen Angriffe Israels und der USA gegen den Iran, immer mehr eskaliert. Je länger er andauert, desto gravierender werden

Der Ortsverein hatte unter dem Titel „Friedensfähig statt kriegstüchtig - Hochrüstung und Ruin des Sozialstaates stoppen. Für eine soziale und ökologische Transformation im Saarland“ zum Ostermarsch aufgerufen. ver.di lehnt Kriege als Mittel der Politik grundsätzlich ab, heißt es in dem einstimmigen Beschluss. Alle Konflikte zwischen den Staaten müssten auf dem Wege der Verhandlung gelöst werden.



Nach Ultimatum:

Busfahrer in der Urabstimmung

Ab 20. April wird es voraussichtlich im kommunalen Nahverkehr an der Saar zu einem unbefristeten Streik kommen. Streikdelegierte beschlossen Kampfplan.

Jeweils zehn Vertreterinnen und Vertreter schickten die streikenden Kollegen des kommunalen Nahverkehrs von der Saarbahn GmbH, Saarbahn Netz GmbH, Neunkircher Verkehrs GmbH, Fahrzeugservice Neunkirchen GmbH, Kreisverkehrsbetriebe Saarlouis GmbH, Völklinger Verkehrsbetriebe GmbH sowie der Verkehrsbetriebe Merzig-Wadern mbH. am 26. März in die Brebacher Turnhalle zur Streikdelegiertenkonferenz.

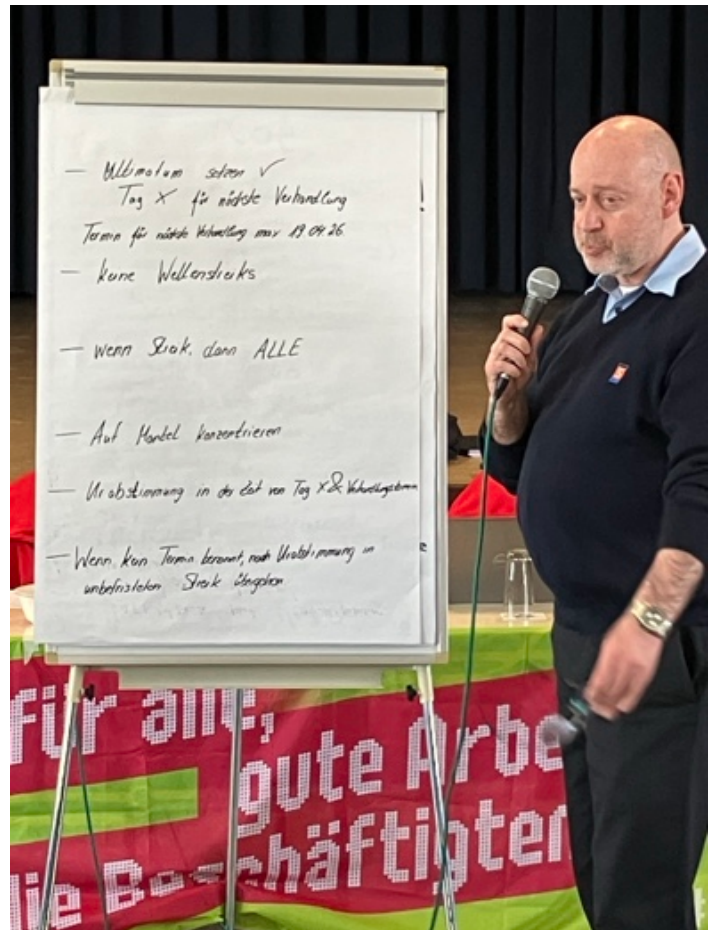


allen war klar, nur gemeinsam können wir etwas erreichen.

In einem Grußwort überbrachte der Ortsverein mit einer Delegation die solidarischen Grüße und kündigte seine Unterstützung an. Kollege Michael Quetting betonte unter Beifall: „Der öffentliche Personennahverkehr ist zentral für Klimaschutz, Mobilität und wirtschaftliche Entwicklung. Doch das System ist akut gefährdet. Die Arbeitsbedingungen sind so unattraktiv

Die Arbeitgeber hatten am 19. März die Verhandlungsrunde einfach verlassen und die Kollegen, als sie ihre Forderungen nannten schlichtweg ausgelacht. Anne Yliniva-Hoffmann (SPD) forderte als Vorsitzende des Kommunalen Arbeitgeberverbandes (KAV) Saar., ver.di auf, „die Theatralik auf der Straße zu beenden.“

Kein Wunder, dass da die Wut der Kolleginnen und Kollegen groß ist. So galt es die aktuelle Lage zu beraten. In Arbeitsgruppen wurde sich verständigt, was denn nun die gemeinsame Antwort zu sein hat. Und





wie in kaum einer anderen Branche. Personal fehlt. Die Studie von ver.di und Klima-Allianz Deutschland „Verkehrswende braucht gute Arbeit“ zeigt Reformbedarf und Lösungen.“



Er sei begeistert zu sehen mit welcher Ernsthaftigkeit und Verantwortung die Kollegen ihren Arbeitskampf beraten. „Wir sind verdammt stolz auf euch,“ so der Krankenpfleger, der selbst, wie er berichtete, schon zehn Mal erfolgreich Arbeitgebern Ultimaten gestellt habe. Alle seien letztlich gewonnen worden. So wünsche er auch den Anwesenden, dass dieses Ultimatum von Erfolg gekrönt sein werde.



Bei drei Enthaltungen beschloss die Versammlung, dem Arbeitgeber ein Ultimatum bis 2. April um eine Minute vor 12 zu stellen. Einen Tag vor dem Ende kam dann ein Verhandlungsangebot, allerdings erst gegen Ende des Monats. Damit sind die Kolleginnen und Kollegen nicht einverstanden. Die Urabstimmung wurde eingeleitet, die bis zum 19.4. laufen wird. Gleichzeitig erklärte die Tarifkommission, jederzeit zu



Verhandlungen bereit zu sein. Bei einem entsprechenden Votum wird ein unbefristeter Erzwingungsstreik ab dem 20. April möglich.

ver.di fordert in der Tarifrunde des Nahverkehrs im Saarland unter anderem eine Erhöhung der Tabellenentgelte um 10,6 Prozent, mindestens jedoch 335 Euro, bessere Bedingungen für Auszubildende, höhere Zuschläge für Nachtarbeit, Erschwerniszuschläge für Werkstattpersonal, einen Mehrarbeitszuschlag ab der ersten Minute auch für Teilzeitbeschäftigte, eine Reduzierung des maximalen Pausenabzugs pro Schicht, ein Urlaubsgeld sowie zwei zusätzliche Urlaubstage für Gewerkschaftsmitglieder.



Bei der Saarbahn sind 40 Buslinien inklusive der Schulbuslinien und die Saarbahn-Züge betroffen. Dazu kommen die kommunalen Verkehrsbetriebe in Neunkirchen, Saarlouis, Völklingen und Merzig-Wardern.

Die Streikdelegierten beschlossen ihr Vorgehen in großer Einmütigkeit. Ein Kollege brachte es auf den Punkt. „Wir machen uns heute gemeinsam auf den Weg. lasst uns diesen Weg nun auch gemeinsam bis zum Ende gehen.“

Gedanken von der Ruhebänk:

Ausweg

Feuer, Tod und Verderben im Nahen Osten. Krieg in der Ukraine. Die Klimaziele kannst du vergessen.

Uns trifft es erst einmal direkt an Tankstellen. Erwartet wird ein Inflationsschub. Die Gehaltserhöhungen der Tarifabschlüsse sind verbraucht, bevor sie ausgerechnet und auf dem Konto ankommen. Für den Sozialstaat soll kein Geld mehr da sein.

Iran spricht von möglicher Komplizenschaft Deutschlands, weil die Regierung der USA die Nutzung der Air Base erlaubt. Ein Dritter Weltkrieg scheint nicht unmöglich zu sein.



Völkerrecht war wohl gestern. Zwar wird von Rechtsstaatlichkeit geredet, ohne Gerichtsverfahren ermorden sie Staatschefs, manchmal werden sie nur entführt. Mit anderen, die angeklagt sind, lässt man sich fotografieren, während Tod und Verderben über die Erde gebracht werden. Dabei werden die Menschen verachtet und die herrschende Klasse zeigt ihre Dekadenz, Zynismus und Selbstherrlichkeit in Form der Epstein-Akten.

Das Recht des Stärkeren triumphiert. Der Trump will Kuba nehmen, er tönt, könne machen, was er wolle. Unserer oberster Mann sitzt im Oval Office und lässt sich von ihm die Unterschenkel tätscheln. Gleichzeitig will er die Führung in Europa übernehmen.

Die Rechten feiern Siege. Der Rassismus ist hervorragend geeignet, damit man die im Dunkeln nicht sieht. Die Reichen aus dem Schussfeld der Kritik bringen, das ist deren Aufgabe.

Wir sind nicht nur mittendrin im Schlamassel. Jene, die das Sagen im Land haben, gehören mit zu den Verursachern. Mancher tanzt auf dem Vulkan.

Wird uns ein Ausweg gelingen? Vom Zuschauen sicher nicht. Es kommt darauf an, die Welt zu verändern. Das hat schon mal ein Mann aus Trier gesagt. Genau, der Karl Marx.

Frühjahrskolumne vom Kollegen Michael Quetting auf <https://quetting.de>

11. April:

Prüfdemo in Saarbrücken

Am 11. April startet um 14 Uhr am Landwehrplatz in Saarbrücken die erste PRÜF-Demo im Saarland.

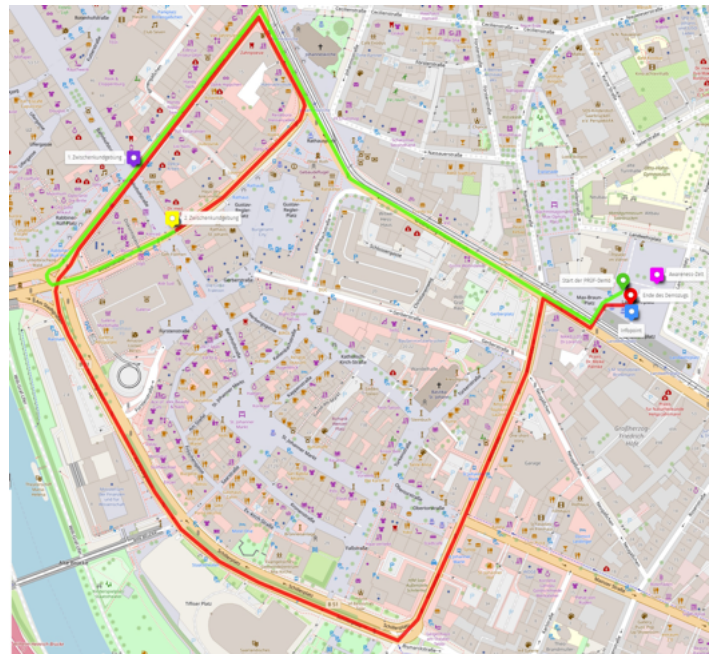
Unter dem Schlagwort PRÜF-Demo finden seit Ende 2025 regelmäßig Kundgebungen in Deutschland statt, die eine juristische Überprüfung rechtsextremer Parteien durch das Bundesverfassungsgericht fordern.

Die Initiatoren fordern den Bundesrat auf, ein Verbotsverfahren gegen rechtsextreme Parteien einzuleiten. Die Demonstrationen finden als wiederkehrendes Format an jedem zweiten Samstag im Monat in den Landeshauptstädten statt, jetzt erstmalig in Saarbrücken. Am 11. April wird auch in Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover, Mainz, Magdeburg, München, Stuttgart und Potsdam demonstriert.

Das offizielle Gesicht der Kampagne ist der Kabarettist und ehemalige EU-Parlamentarier Nico Semsrott.

In Deutschland ist es per Verfassung verboten, die Demokratie abzuschaffen. Zu ihrem Schutz ist aber eine wehrhafte Demokratie notwendig. Deshalb will die Initiative mit allen Menschen, die das Grundgesetz wertschätzen, das darin verankerte Selbstverteidigungsprogramm starten.

Die PRÜF-Demos sollen Spaß machen. Sie bauen auf einem guten FUNDament auf. Die Demos werden vollständig von Akteur*innen der Kunst- und Kulturszene gestaltet. PRÜF-Demos setzen auf Kreativität, Zugänglichkeit und eine positive Atmosphäre, heißt es seitens der Akteure.



Die Demoroute ist 2,5 Km lang. Wir laufen nach der Anfangskundgebung vom Landwehrplatz auf der grünen Route bis zum ersten Stopp zur Ecke Dudweiler-/Bahnhofstraße, wo eine künstlerische Aufführung geplant ist. Danach weiter auf der grünen Route bis zum zweiten Stopp für eine musikalische Aufführung an der Ecke Betzen-/Bahnhofstraße. Anschließend kehren wir auf der roten Route zur Schlusskundgebung auf den Landwehrplatz zurück.

Sinti und Roma:**Verfolgt - Vertrieben - Vernichtet**

Der Landesverband der Naturfreunde Saarland eröffnet am 09. April 2026 um 18 Uhr im Naturfreundehaus Kirkel (Limbacher Weg 8, Kirkel-Neuhäusel, Ludwig-Diehl-Saal) seine Veranstaltungsreihe „Verfolgt – vertrieben – vernichtet“ mit der Geschichte der „Sinti und Roma“ insbesondere im NS-Staat. Die Vorsitzende des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Saarland e.V., Diana Bastian, ist zu Gast und wird unter der Moderation des früheren Beauftragten für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen in Rheinland-Pfalz und Vorsitzenden des Fördervereins Gedenkstätte KZ Hinzert, Dieter Burgard, über das Schicksal der Sinti und Roma informieren und Fragen der Teilnehmer*innen der Gesprächsrunde beantworten.

Bereits vor 600 bzw. 150 Jahren sind Sinti und Roma nach Deutschland eingewandert, haben die Staatsbürgerschaft erworben, sind verschiedenen Berufen nachgegangen, wurden sesshaft (zumindest dort, wo sie nicht vertrieben wurden) und haben als soziale Minderheit ihre Tradition gepflegt. Dennoch ist wenig bekannt über ihre ethnische Herkunft, ihre Sprache, ihre sozialen Familienstrukturen, Gebräuche und Sitten. Sie wurden von der Mehrheitsgesellschaft ausgegrenzt und in Folge der Rassenideologie des NS-Staates als „Asoziale“ diffamiert, verfolgt, im Konzen-

trationslager (mit einem braunen Winkel markiert) verschleppt und massenhaft vernichtet. Viel zu lange hat es gedauert, bis das erlittene Unrecht von der Mehrheitsgesellschaft öffentlich anerkannt wurde. Erst 2012 wurde im Gedenken an diese Gruppe von Verfolgten in Berlin ein zentrales Denkmal errichtet. In z.T. langwierigen Einzelprozessen musste die Anerkennung für erlittenes Leid im NS-Staat erstritten werden.

Die öffentliche Debatte über das Z-Wort und die political correctness im Umgang mit dieser ethnischen Minderheit flammt immer wieder auf, Sinti und Roma erfahren auch heute Diskriminierung und Diffamierung – all diesen Fragen soll im Rahmen der Veranstaltung nachgegangen werden.

Bildungswoche des Fachbereichs C:**Besser wird's nur gemeinsam**

Eine Bildungswoche für Menschen, die etwas bewegen, bietet der Fachbereich Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft vom 31. August bis zum 4. September 2026 im ver.di-Bildungszentrum Gladenbach an.



Es gibt acht Seminare für betriebliche Interessenvertretungen und gewerkschaftlich Aktive.

Für Aktive gibt es Bildungsurlaubs-Angebote zu „Belegschaften wirkungsvoll beteiligen“, „Antifaschistische Arbeit“ und „Digitalwerkstatt - Neue Kommunikationswege“.

Für betriebliche Interessenvertretungen gibt es in der Bildungswoche fünf arbeitgeberfinanzierte Seminare „Starke JAV - Mitbestimmen. Mitgestalten. Mitreden.“, „Aktive Öffentlichkeitsarbeit - Schreibwerkstatt“, „Beschäftigte in die Arbeit von BR/PR/MAV einbeziehen“, „BR 1: Einführung in die Betriebsverfassung“ und „Gewaltprävention am Arbeitsplatz“. Im Rahmenprogramm der Bildungswoche wird es einen Grillabend, eine Podiumsdiskussion mit Sylvia Bühler vom ver.di-Bundesvorstand und eine Party geben.

Weitere Infos:

<https://verdi-bub.de/themenwochen/bildungswoche-fachbereich-c-2026/rahmenprogramm-der-bildungswoche>



11:00 Uhr – Demo (Tbilisser Platz SB)
12:00 Uhr – Kundgebung (Schloss SB)
 Eröffnung durch den Saarknappenchor
 Anschließend Familienfest und Musik

1. Mai 2026
Saarbrücken

DGB



Lisette Horig
 Vorsitzende des Gewerkschaftsrats
 von ver.di
 (Moderation)



Timo Ann
 1st. Betriebsvorsitzender
 OGB Rheinland-Platz/Saarland



Francesco Orisi
 Mitglied des geschäftsführenden
 Hauptvorstands der IGBCF



Tim Günter
 Mitglied des Jugendausschusses
 der IGBCF



**85. Jahrestag des Überfalls
 Deutschlands auf die Sowjetunion**

Internationales Treffen gegen Faschismus und Krieg

Saar – Lor – Lux



Ortsverein
 Saar Blies

Sonntag, 21. Juni 2026

8.00 Uhr
 Fahrt mit dem Bus nach Luxemburg und Frankreich
 Besichtigung Widerstandsmuseum in Esch sur Alzette

Mittagessen in Guinkirchen im Département Moselle
 Fahrt nach Ban-Saint-Jean mit Besichtigung und Führung

15.00 Uhr
 Internationale Kundgebung an der Stèle du Ban Saint Jean: „85. Jahrestag
 des Überfalls auf die Sowjetunion: Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“
 mit Gewerkschaftskollegen aus Frankreich, Luxemburg und Deutschland

Rückkehr in Saarbrücken nach 17.00 Uhr
 Weitere Infos gibt es nach der verbindlichen Anmeldung

Organisationswahlen:

Saar-Senioren vereint

Am 23. März gründeten die Seniorinnen und Senioren der Gewerkschaft ver.di einen Ortsverein der Senioren Saar.

Zum Vorsitzenden wurde Kollege Detlev Gillmann gewählt, weitere Mitglieder des Vorstandes wurden die Kolleginnen Gabriele Scüelfort und Hedi Quirin.

Ferner wurden die Delegierten zur Bezirksseniorenkonferenz am 18. Mai in Kirkel bestimmt. Auch unsere Aktivisten Dina Hertel, Gabriele Ungers und Michael Quetting sind unter den saarländischen Delegierten.

Die Kolleginnen und Kollegen verabschiedeten zwei Anträge. In einem Antrag wird ein kostenfreies Ticket für den ÖPNV und in einem zweiten Antrag ein kostenreduziertes Deutschlandticket für Seniorinnen und Senioren gefordert.

Nach Riester

Privat noch schlechter

Die sogenannte Riester-Rente ist mausetot. Sie war teuer für die Steuerzahler, brachte den Versicherten wenig, schaufelte aber den Versicherern viel Geld in die Kassen. Statt die Lehren aus einem falschen Ansatz zur teilweisen Privatisierung der Altersvorsorge zu ziehen, fällt der aktuellen Bundesregierung nichts Besseres als ein neues-Paket ein, das auf mehr Risiken für die Versicherten setzt. Bei der Riester-Rente waren zumindest die eingezahlten Versichertenbeiträge zu hundert Prozent sicher. Bei der neuen Variante ist das nicht der Fall. Die gesetzliche Rente zu stärken -darauf kam die Regierung nicht.

Impressum:

Herausgeber: ver.di OV Saar Blies. Der Vorstand

ViSdP.: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier
 St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken

<https://saar-trier.verdi.de/vor-ort/ortsverein-saar>

Kontakt: christian.umlau@verdi.de

OV-Vorsitzender: Rainer.Tobae@web.de

Redaktion und Bestellung: Michael@Quetting.de

Fotos: Michael Quetting

Der Rundbrief erscheint als pdf